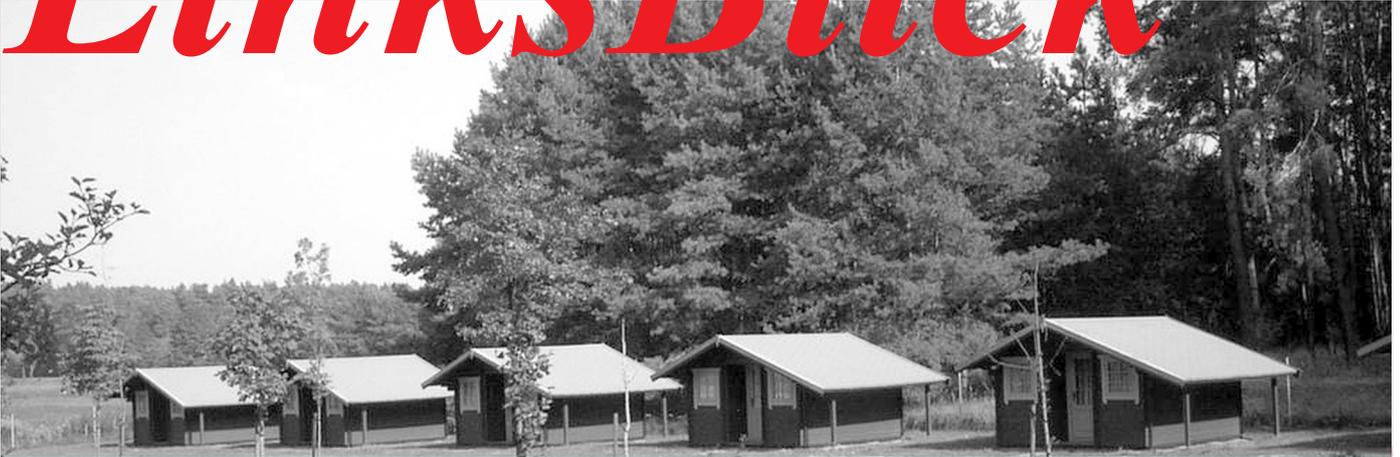


LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

Bundesparteitag in Göttingen

Den Parteitag eröffnete der scheidende Parteivorsitzende Klaus Ernst. Er stellte fest, dass DIE LINKE heute dringender benötigt wird als 2007, appellierte an die innerparteiliche Solidarität und mahnte, politische Differenzen nicht über die Medien, sondern im direkten Gespräch zwischen Genossinnen und Genossen auszudiskutieren. Nur eine gesamtdeutsche linke Partei könne soziale Verbesserungen im Sinne der Mehrheit der Menschen in diesem Land erreichen. Als er sich bei der vorzeitig aus dem Amt geschiedenen Parteivorsitzenden Gesine Löttsch für die gute, vertrauensvolle und loyale Zusammenarbeit bedankte, erhoben sich die Delegierten und spendeten der Genossin langen Applaus.

Anschließend sprach Gregor Gysi. Er konstatierte, dass die Vereinigung von WASG und PDS zur LINKEN nach fünf Jahren immer noch nicht erreicht ist. Die Differenzen zwischen den Vertretern des Modells der Interessenpartei im Westen und den Vertretern des Modells der Volkspartei im Osten seien nach wie vor sehr groß. Entweder gelinge es auf diesem Parteitag, eine kooperative Führung zu wählen, die integrierend und organisierend wirke und dafür

sorge, dass die Bürgerinnen und Bürger uns in erster Linie wieder politisch wahrnehmen. Oder es sei besser, sich fair zu trennen, als weiter eine „verkorkste Ehe“ zu führen.

Der nächste Redner war Oskar Lafontaine. Er pflichtete Gregor Gysi bei, dass wir kein Recht haben, diese linke Partei zu verspielen. Doch es gebe trotz der bestehenden Schwierigkeiten keinen Grund, das Wort Spaltung in den Mund zu nehmen. In Erfurt sei unser Parteiprogramm mit überwältigenden 96 Prozent beschlossen worden, angesichts dessen dürften Befindlichkeiten nicht mit programmatisch gravierenden Differenzen verwechselt werden. Er appellierte an die Delegierten, für eine gemeinsame starke LINKE zu kämpfen.

Dann begann der Marathon der Wahlen zu den Gremien. Als Parteivorsitzende wurden Katja Kipping (67,1 %) und Bernd Riexinger (53,5 %) gewählt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden bestimmte der Parteitag Sahara Wagenknecht (57,14 %), Caren Lay (59,44 %), Jan van Aken (43,49 %) und Axel Troost (46,61 %). Zum Bundesgeschäftsführer wurde Matthias Höhn (80,9 %), zum Bundesschatzmeister Raju Sharma (59,9 %) gewählt.

Fortsetzung auf Seite 2

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 8

Zitiert ...

Mich interessiert nicht,
wer die Gesetze macht,
solange ich
das Geld kontrolliere.

Amschel Mayer von Rothschild

DIE LINKE.

Fortsetzung von Seite 1

Neben der Wahl der Vorsitzenden und des Parteivorstands wurden auch noch einige Beschlussanträge abgestimmt. So beschloss der Parteitag, dass wir ab sofort eine Mindestrente von 1.500 Euro monatlich fordern, den gegen Russland gerichteten, ein forciertes Wettrüsten provozierenden „Raketenabwehrschirm“

befürworten.

Es ist zu hoffen, dass die verschiedenen Lager und Strömungen in unserer Partei sich nun auf Basis des Erfurter Programms zusammenarbeiten. Die geringen politischen Differenzen in einigen Bereichen dürfen nicht der Grund sein, das historisch einmalige Projekt DIE LINKE schei-



Bernd Riexinger und Katja Kipping

Foto: F. Thier

der NATO ablehnen, die Umwandlung der Rüstungsproduktion in zivile Produktion wollen, einen Krieg gegen Syrien ablehnen und uns mit der demokratischen syrischen Opposition solidarisieren, die Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran fordern, um Raum für friedliche Lösungen zu schaffen und die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten sowie den Stopp aller Rüstungsexporte in die Region

tern zu lassen. Der neue Vorstand muss jetzt von uns allen dabei unterstützt werden, die Wahlen in Niedersachsen und im Bund vorzubereiten, damit wir auch in Zukunft eine innerhalb und außerhalb der Parlamente, in Opposition und in Regierungsverantwortung starke agierende Interessenvertretung der Mehrheit der Menschen in diesem Land sein können.

Alexander Fröhlich,
Blankenfelde

Katja Kipping - Biografische Daten:

Geboren am 18. Januar 1978 in Dresden; 1984 bis 1996 Schulzeit, 1996 Abitur am Annengymnasium in Dresden; 1996 bis 1997 Freiwilliges Soziales Jahr in Russland (Gatschina); 1997 bis 2003 Magisterstudium der Slavistik/ Amerikanistik/ Rechtswissenschaft an der TU Dresden; 2003 erfolgreicher Abschluss des Studiums mit Magisterarbeit zum Thema „Inter-

dependenzen zwischen Politik und Literatur, exemplarisch dargestellt an Werken von Cernycevskij, Cechov und Blok“ <

Bernd Riexinger - Biografische Daten:

Geboren 30. Oktober 1955 in Leonberg; gelernter Bankkaufmann; 1980 -1990 freigestellter Betriebsrat bei der Leonberger Bausparkasse; seit 1991 Gewerk-

Der neugewählte Bundesvorstand:

Geschäftsführender Parteivorstand:

Katja Kipping (Parteivorsitzende)
Bernd Riexinger (Parteivorsitzender)
Caren Lay (stellv. Parteivorsitzende)
Sahra Wagenknecht (stellv. Parteivors.)
Jan van Aken (stellv. Parteivorsitzender)
Axel Troost (stellv. Parteivorsitzender)
Matthias Höhn (Bundesgeschäftsführer)
Raju Sharma, (Bundesschatzmeister)
Christine Buchholz
Brigitte Ostmeyer
Katina Schubert
Heinz Bierbaum

Weitere Mitglieder:

Judith Benda
Julia Bonk
Katharina Dahme
Diether Dehm
Ruth Firmenich
Wolfgang Gehrcke
Stefanie Graf
Renate Harcke
Stefan Hartmann
Steffen Harzer
Dominic Heilig
Claudia Jobst
Klaus Lederer
Sabine Lösing
Simone Luedtke
Wolfgang Methling
Irene Müller
Thomas Nord
Tobias Pflüger
Felix Pithan
Ida Schillen
Harald Schindel
Martin Schirdewan
Michael Schlecht
Halina Wawzyniak
Florian Wilde
Sabine Wils
Janine Wissler
Sabine Zimmermann
Wolfgang Zimmermann
Dagmar Zoschke

schaftssekretär; Geschäftsführer des Bezirks Stuttgart bei ver.di; Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands in Baden-Württemberg (davor WASG); Mitglied der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken; gehörte 2003 zu Initiatoren von Protesten gegen die Agenda 2010; Bekanntgabe seiner Kandidatur für den Parteivorsitz am 30. Mai 2012, gewählt mit 53,5 % <

Briefe an den ehemaligen Bundesvorstand

15 Genossinnen und Genossen der Basisgruppe 11/12 in Luckenwalde wandten sich in Sorge an den Bundesvorstand: „ ... Wir sind sehr enttäuscht, verzweifelt und auch wütend über die innere Zerrissenheit der Parteiführung, die in den Personalquereilen ihren unappetitlichen Ausdruck findet. Damit werden wir in der Auseinandersetzung der wichtigen Themen der Gesellschaft, wo wir etwas zu sagen haben, wirkungslos.

Unsere Basisgruppe, im Wesentlichen bestehend aus älteren Genossen, bringt sich nach wie vor aktiv in unser Parteileben vor Ort ein. Die Mitglieder sind darüber hinaus in der Kommune in vielen Gremien und Vereinen ehrenamtlich tätig. Wir sind sehr aktiv bei den Wahlen, kleben für unsere Partei Plakate, organisieren Infostände und sind ständig mit Bürgern im Gespräch. Wir spenden überdurchschnittlich für Projekte unserer Partei. Wir haben eine umfassende Programmdiskussion geführt und waren insgesamt über die breite Zustimmung sehr zufrieden.

Dank unserer Arbeit an der Basis stellen wir in der Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde die stärkste Fraktion.

Unsere Basisgruppe ist aber auch für uns Heimat. Dazu gehören gemeinsame Feiern und persönliche Freundschaften.

Diese Beschreibung unseres Parteilebens an der Basis findet ihr sicher tausendfach bei uns Linken in der Bundesrepublik. Auch für uns ist die aktive Arbeit für unsere Partei nichts Besonderes. Sie ist das Unterpfand unserer Stärke. Diese Basisdemokratie ist die Voraussetzung, dass wir uns für eine gerechte solidarische Gesellschaft einsetzen können.

Damit in diesem Sinne unsere Partei diese Kraft nach außen vertreten kann, haben wir Euch an die Spitze unserer Partei gestellt. Offensichtlich haben aber einige führende Genossen von Euch vergessen, wem

sie ihre Stellung in der Partei zu verdanken haben. Ihr, liebe Genossen des Bundesvorstandes, verkennt im zunehmenden Maße, dass die Vielfältigkeit linker Politik auch Disziplin und eine innerparteiliche Einheit voraussetzt. Demokratie bedeutet nicht Beliebigkeit und für einige von Euch nicht einen Freifahrtschein für egoistische Machtpositionen. Mit der gegenwärtigen Zerrissenheit in der Parteiführung unterscheidet Ihr Euch nunmehr in keiner Weise von den anderen etablierten Parteien. So sind wir aber nach der Wende und nach der schmerzlichen Aufarbeitung des gescheiterten Sozialismus-Versuchs in der DDR nicht angetreten.

Als wir hier in Luckenwalde so wie in anderen Orten 1989/90 in antikommunistischer Manier auf das Übelste beschimpft und angespuckt wurden, als die Karrieristen bereits davongelaufen waren, standen wir für unsere Träume und Hoffnungen und für eine gerechte Gesellschaft nach wie vor ein. Auf einer Zusammenkunft vieler Genossen haben wir Heinz Vietze mit auf den Weg gegeben, dass er und die führenden Genossen nie wieder Machtkämpfe und Versorgungsmentalität zulassen dürfen. Dies gilt nach wie vor auch heute für unsere gesamtdeutsche Partei, DIE LINKE. Ihr braucht Euch nicht zu wundern, wenn die Altersstruktur unserer Partei immer schlechter wird. Habt Ihr Euch auch einmal gefragt, ob mit diesem Image einer zerstrittenen Machtpartei die Jugend Interesse hat? Beliebigkeit findet sie überall in anderen Organisationen, vielleicht auch mit mehr Pep.

Wer gibt Euch eigentlich das Recht, so mit den Mitgliedern unserer Partei umzugehen, ja mehr noch, die Existenz unserer Partei aufs Spiel zu setzen? Ihr solltet Euch 'was schämen!

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kennen viele integere Genossen, die sich in den verschiedensten Gremien der LINKEN für unsere pro-

grammatischen Ziele einsetzen, für eine gerechte Gesellschaft kämpfen und bei denen die eigene Versorgungsmentalität nicht das Primat hat.

Das gibt uns nach wie vor Hoffnung. Wir sind und bleiben Mitglieder unserer Partei DIE LINKE, da ihre programmatischen Ziele die einzigen sind, die zu einer solidarischen und gerechten Gesellschaft ohne Krieg führen können.

Wir fragen uns aber, wer unserer Partei mit dem Anspruch einer breiten linken Bewegung in Deutschland schaden wollte, könnte es nicht besser machen!

Günter Gutsche, Vorsitzender der BO11/12 des Stadtverbandes Luckenwalde

Empfehlung u. Forderung an den Göttinger Parteitag!

1. Der Streit um die strategische Ausrichtung der Linkspartei muss auf der Grundlage des Erfurter Programms beendet werden!
2. Das zu wählende Führungskollektiv, ob Doppelspitze (weiblich-männlich-gemischt) oder Einzelführung, ist nicht unser Maßstab für eine erfolgreiche Parteiarbeit, sondern wie alle ihren ganzen Elan für die Zielsetzung aus dem Parteitag vom 2./3. Juni einsetzen und ihrem eigenen Wort die Treue halten.
3. Nicht nur aus großer Sorge, sondern auch mit Empörung verfolgen wir, dass sich viele aufkeimende Dogmatismen in den Führungsebenen wie Verliebtheiten, Unterwürfigkeiten, Rechthabereien, Unterstellungen und Karrieretum, die sich entwickelt haben, beendet werden müssen.
4. Die Autorität des Bundesausschusses als Kommunikation zwischen Parteiführung und Fraktion (s. Satzung) muss noch stärker ausgebaut werden.

Christa Zernick, BO-Vorsitzende, Am Mellensee

Rentenerhöhung 2012 - Betrug !

„Die Renten steigen dieses Jahr deutlich.“ Solche und ähnliche Sätze konnten wir nach dem Beschluss der Bundesregierung zu Hauf lesen. Aber Vorsicht! Es ist alles relativ.

Der Einigungsvertrag von 1990 sah vor, die Gleichheit der Rentenansprüche Ost und West noch in den 90er Jahren herzustellen, also die Rentenansprüche der DDR-Bürger ins westdeutsche System einzuführen. Davon sind wir auch über 20 Jahre nach dem Anschluss der DDR an die BRD weit entfernt. Da interessiert die Bundesregierung überhaupt nicht, dass sie von der UN gerügt wird, weil sie „das Rentenrecht zur politischen und sozialen Diskriminierung“ nutzt, wie es der Ehrenvorsitzende der LINKEN, Dr. Hans Modrow, im April 2012 in einem Brief an die Bundeskanzlerin formuliert.

Schon im Juli 2010 hatte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entschieden, dass das Rentenstrafrecht (d.h. Rentenkürzungen) für alle Angehörigen staatsnaher Versorgungsorgane verfassungswidrig sei.

Wie ist aber dann die Tatsache mit dem Grundgesetz vereinbar, dass der Ostrentenwert bei 24,37 Euro liegt und der für Westrentner bei 27,47 Euro? Vielleicht hat sich mancher Leser gewundert, dass ab Juli 2012 die Renten in den alten Bundesländern „nur“ um 2,18% angehoben werden und in den neuen um 2,26%. Im Klartext steigt dann der Ostrentenwert um 55 Cent auf 24,92 Euro und der im Westen um 60 Cent auf 28,07 Euro.

Die Schere zwischen Ost- und Westrenten klappt also noch weiter auseinander als vor der Rentenerhöhung. „Der Abstand pro Entgeltpunkt von bisher 3,10 Euro steigt auf 3,15 Euro. Das sind 142 Euro weniger Rente brutto monatlich für den Eckrentner Ost nach gegenwärtig 139 Euro monatlich weniger im Vergleich zum Eckrentner West“, kritisiert G. Winkler, der Präsident der Volkssolidarität. Er bezweifelt den Willen der Bundesregierung, „die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in Ost und West“ überhaupt zu wollen. Die

Lebensarbeitsleistung im Osten wird um über elf Prozent niedriger bewertet als die im Westen Deutschlands. Mit welchem Recht?

Auf einen anderen Faktor wies die am 11.06.2012 durchgeführte Landesarmutskonferenz Brandenburg hin. Ein knappes Drittel der Neurentner im Osten war vorher arbeitslos, was sich negativ auf die Rentenhöhe auswirkt. Diese lag 2009 im Osten im Durchschnitt bei Männern bei 726 Euro, bei Frauen bei 641 Euro. Die Armutsschwelle wurde im Statistikerbericht Berlin-Brandenburg mit 749 Euro angegeben. Der durchschnittliche Rentenwert Ost lag also schon 2009 unter der Armutsschwelle.

Wer glaubt, die jetzige Rentenerhöhung sei übermäßig hoch, der irrt gewaltig. Sie liegt unter der Preissteigerungsrate von 2,3% 2011. Die Renten verlieren also weiter an Kaufkraft.

Von einer Einheit Deutschlands sind wir Rentner noch weit entfernt. Hinterfragen wir also öfter einige schön klingende Zahlen!

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Für den Erhalt des Schullandheimes in Dobbrikow

Der Landkreis Teltow-Fläming unterhält seit vielen Jahren ein eigenes Schullandheim in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal, Ortsteil Dobbrikow. Das Objekt verfügt über eine Kapazität von 58 Betten (für zwei Schulklassen) und ist ganzjährig nutzbar. Das wunderschön am See gelegene Haus erfreut sich einer ungebrochen hohen Nachfrage. Die Auslastung liegt über dem Durchschnitt vergleichbarer Einrichtungen in Brandenburg. Besonders geeignet ist das Schullandheim für Kinder im Grundschulalter, denn es verfügt über eine hauseigene Küche und bietet Vollverpflegung an. Das pädagogische Konzept des Hauses orientiert sich an der Umwelterziehung. Als „Schule im Grünen“ arbeitet das Schullandheim Dobbrikow

schulunterstützend.

Wegen der kritischen Haushaltslage des Landkreises steht der Weiterbetrieb des Schullandheimes seit einiger Zeit als freiwillige Aufgabe auf dem Prüfstand. Als Reaktion auf die anhaltende Diskussion gründete sich eine Arbeitsgruppe von Fürsprechern, darunter viele besorgte Eltern. Es wurden mehr als 1.000 Unterschriften für den Erhalt gesammelt und an den Landrat übergeben.

Auf einer gemeinsamen Beratung Ende April 2012 wurde der Vorschlag der Kreisverwaltung zur Gründung eines Fördervereins für den Fortbestand des Schullandheimes in Dobbrikow diskutiert. Die am gleichen Tag stattgefundene Bürgerversammlung hat diese Idee aufge-

griffen. Am 21. Mai 2012 wurde der Förderverein gegründet.

Damit wird ein partnerschaftliches Modell gewählt, in dem die Einrichtung in der Trägerschaft des Landkreises verbleibt und das bewährte pädagogische Konzept in öffentlicher Hand. Der Förderverein sieht seine unterstützende Funktion beim Erhalt des Standortes Dobbrikow hauptsächlich in der Beschaffung von Fördermitteln, Sponsorensuche und Öffentlichkeitsarbeit.

Wir setzen auf die Unterstützung der Parteien, die sich für den Erhalt des Schullandheimes in Dobbrikow ausgesprochen haben.

*Holger Jeserigk,
Ortsvorsteher Dobbrikow*

Gesundheit, Justiz, ... bessere Politik im Land dank Rot-Rot

Es war wieder einmal ein vollgepacktes Wochenende: In Berlin fand das Fest der LINKEN statt, denn wir als Partei begingen unseren 5. Geburtstag, und in Hoppegarten traf sich diesmal der Landesvorstand zur gemeinsamen Beratung mit dem Landesausschuss. Entsprechend der Tagesordnung begann unsere Ministerin Anita Tack den aktuellen Stand der Gesundheitspolitik im Land abzubilden. Bei 52 Krankenhäusern an 62 Standorten ist Brandenburg gut versorgt, Träger sind zu je einem Drittel die Kommunen, Sozialverbände und die Kirchen. Wie sich abzeichnet, wird der Arztberuf zunehmend weiblich. Hier tun sich entsprechende Erfordernisse auf, denn zum einen sollen die jungen Ärzte ja aufs Land kommen, zum anderen wird aber auch eine gute Kinderbetreuung notwendig, um die Attraktivität des Berufs „Landarzt“ zu steigern.

„Schwester Agnes“ kommt wieder

Im Landkreis Märkisch-Oderland fährt seit neuestem ein Patientenbus, finanziert durch Landkreis und Krankenkassen, und bringt die Patienten zum Arzt bzw. Krankenhaus. Ein weiteres Projekt im Land, die „Telemedizin“ (Fernüberwachung von Hochrisikopatienten, z.B. durch Telefon), ist mit momentan 500 beteiligten Patienten in der Erprobung und auch das Projekt der Gemeindegemeinschaft „Agnes II“, getragen von Land und Kassenärztlicher Vereinigung, ist eine Zielstellung für den ländlichen Raum.

Ganz aktuell wurden wir informiert, dass der Landkreis Spree-Neiße seinen Rettungsdienst privatisiert und an ein dänisches Unternehmen übergeben hat. Erste Konsequenz wird wohl eine Reduzierung der Löhne bei den Beschäftigten sein. Hierzu muss man wissen, dass entsprechend einer EU-Vorgabe das Rettungswesen als Dienstleistung eingestuft wurde. Solche müssen aber entweder euro-

paweit ausgeschrieben (privatisiert) oder aber kommunalisiert werden. Auch in Teltow-Fläming steht eine Entscheidung hierüber im Raum. Dazu muss man wissen, dass die bisherigen Träger (z. B. das Rote Kreuz) kein Interesse an einer allzu zeitnahen Kommunalisierung haben, da sie bisher mit dem Rettungswesen gut verdienten. Jedoch ist zu beachten, dass bei einer eventuellen europaweiten Ausschreibung der günstigste Anbieter den Zuschlag erhält. Dass dies beim europäischen Lohngefälle wohl kaum ein deutscher/regionaler Bieter sein wird, dürfte klar sein. Es spricht also sehr viel für eine Kommunalisierung und auch das Brandenburger Gesundheitsministerium bevorzugt diese Variante.

Justiz: Verfahren schneller bearbeitet

Für den Bereich der Justiz stand Minister Volkmar Schöneburg Rede und Antwort. Er betonte, dass gerade bei Verwaltungsgerichten ein wohnortnaher Standort für Beteiligte wichtig ist. Kenntnisse von Umständen vor Ort sind gerade in der Justiz von Vorteil. Nicht zufriedenstellend, aber immerhin ein deutliches Zeichen, ist die Reduzierung der Dauer von Gerichtsverfahren von 30 auf 24 Monate seit Amtsantritt von Rot-Rot. Ein Problem ist immer noch in der Sozialgerichtsbarkeit gegeben. Obwohl 2010 27 neue Richter berufen wurden, ist eine durchschnittliche Verfahrensdauer von 15 Monaten und ein Bestand von rund 30.000 Altverfahren nicht akzeptabel, wenn man bedenkt, dass gerade hier oft über Existenzen entschieden wird, Stichwort Leistungsbewilligung bei Hartz IV. Bedenken muss man aber auch, dass man nicht immer nur pauschal eine Verfahrensbeschleunigung, wie von Seiten der Opposition geäußert, fordern kann. Denn auf der anderen Seite werden ja auch von der Justiz gründliche und

fundierte Ermittlungen erwartet.

Strafe: Warum und wie?

Ein weiteres, aber ganz anderes Thema wurde von Volkmar Schöneburg mit dem Begriff Vollzug aufgegriffen. So müsse in Diskussionen immer beachtet werden, dass der Strafvollzug nicht der Rache oder Sühne am Täter dient, denn dieser Aspekt ist bereits mit der Strafdauer abgegolten. Beim Vollzug geht es vielmehr um die Resozialisierung, also die Reintegration des straffällig Gewordenen in die Gesellschaft. Dies hat bereits das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung von 1973 bekräftigt und damit zu Gesetzesrang verholten. Ferner ist Brandenburg mit unter 1.400 Gefangenen bei Weitem kein Hort von Kriminellen und die sechs JVA sind unterbelegt. Daher ist Haftplatzabbau bzw. auch die Schließung einzelner Einrichtungen kein Tabu – jedoch darf es keine Qualitätsminderung im Vollzug geben.

Göttingen: Aufbruch und Blick nach vorn!

Im nächsten Tagesordnungspunkt gab es dann eine kurze Auswertung zum Bundestag in Göttingen. Hier wurde bekräftigt, dass der neue Vorstand eine Chance darstellt, und diese auch genutzt werden sollte. Es muss endlich gesagt werden, was ist, ehrliche Bestandsaufnahmen sind vonnöten. Hier hat Göttingen einen ersten Schritt getan und anscheinend setzte sich dieses Aufbruchsignal auch in den bereits zurückliegenden Tagen fort, sei es nun in der Bundestagsfraktion als auch in den ersten Beratungen mit dem neu gewählten Parteivorstand. Es kann und muss nun die Devise sein: Miteinander, nicht mehr gegen- und übereinander reden und handeln!

*Felix Thier,
Mitglied des Landesvorstandes
DIE LINKE. Brandenburg*

Notizen aus dem Karl-Liebke-Haus

von Maritta Böttcher

1. Tagung des 3. Parteitagess in Göttingen 2./3. Juni 2012

Vor und nach dem Bundesparteitag von Göttingen ist viel über alte Konfliktlinien geredet worden. Wer würde sich durchsetzen – wer hat sich durchgesetzt? Wessis oder Osis? Fundamentaloppositionelle oder Regierungspragmatiker? Männer oder Frauen? „Interessenpartei“ oder „Volkspartei“? Nur wenig wurde darüber geredet, ob in der LINKEN in den letzten Jahren nicht vielleicht auch etwas Neues entstanden sein könnte. Fast gar nicht wurde über Alt und Jung gesprochen. Nicht einmal von Katja Kipping.

Dabei ist das vielleicht nachhaltigste Ergebnis dieses Parteitagess, dass DIE LINKE in einen wirklichen Generationswechsel eingestiegen ist. Die Parteivorsitzende ist Mitte 30; von insgesamt 44 Mitgliedern des Parteivorstandes sind 16 bis 40 Jahre alt, vier weitere nur knapp darüber. Und diese Jüngeren sind keine Anfängerinnen oder Anfänger mehr, keine Alibi-Jugendlichen, sondern Leute mit einer Menge politischer Erfahrung in wichtigen Parteifunktionen, als Abgeordnete oder in sozialen Bewegungen.

Den Aufbruch organisieren

Die beiden neu gewählten Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger haben ein 120 Tage-Programm vorgelegt, welches ein guter Einstieg dafür ist, wieder richtig Politik zu machen:

„1. Kunst des Zuhörens

Innerhalb der ersten 120 Tage nach dem Göttinger Parteitag wollen wir eine breite Debatte in der Partei über den weiteren Kurs führen. Dazu laden wir alle Mitglieder der Partei ein. Wir wollen die Kunst des Zuhörens praktizieren, die Fähigkeit voneinander zu lernen mit Leben erfüllen und zum Mitmachen einladen. Dafür ist ein intensiverer Erfahrungsaustausch

auf allen Ebenen unserer Partei unerlässlich. Die Diskussionen sollen zum einen in einen Entwurf des Bundestagswahlprogramms sowie in eine gemeinsame Wahlstrategie münden, die wir im Herbst 2012 vorlegen werden.

Neben Regionalkonferenzen und Treffen mit Landesvorsitzenden wollen wir eine gemeinsame Sommertour durch die Gliederungen starten und einige neue Veranstaltungs- und Kommunikationsformen entwickeln. Über Internet-Blogs und Telefonkonferenzen zwischen ost- und westdeutschen Basisgruppen und linken Oberbürgermeister/innen und Landräten wird es geben: Die Kommunalpolitik ist und bleibt ein Herzstück der LINKEN in Ost und West. Eine zentrale Aufgabe des neuen Vorstandes besteht darin, die Landtagswahl in Niedersachsen zu unterstützen sowie sich für die Bundestagswahl aufzustellen. In einem gemeinsamen Treffen mit dem Landesvorstand/Wahlstab Niedersachsen wollen wir gemeinsam beraten, wie die Bundespartei den niedersächsischen Landtagswahlkampf unterstützen kann.

2. DIE LINKE – Schutzfaktor gegen Prekarisierung und Stress am Arbeitsplatz

In der Bundesrepublik arbeiten mittlerweile knapp 23 Prozent aller Beschäftigten zu Niedriglöhnen – in Teilzeit, Leiharbeit, Minijobs oder als Aufstockerin und Aufstocker. Das Vermögen der Reichsten in unserer Gesellschaft hat sich seit Ausbruch der Krise hingegen immer weiter vermehrt. Während in diesem Land 1,4 Millionen Menschen mit Löhnen von weniger als fünf Euro abgespeist werden, haben die Millionäre in diesem Land ein Vermögen in der Höhe der öffentlichen Schulden erlangt – 2,2 Billionen Euro.

Dabei werden die verschiedenen Gruppen gegeneinander ausgespielt. Wir wollen deshalb unsere par-



lamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten für einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn, gegen Leiharbeit und für gute Arbeit fortsetzen. Wir werden deshalb u.a. eine öffentlichkeitswirksame Aktion zum Urlaubsbeginn starten, in der wir den Menschen in diesem Land sowohl einen schönen und erholsamen Urlaub wünschen als auch auf die zunehmende Prekarisierung und den wachsenden Stress am Arbeitsplatz hinweisen. Politisch werden wir bei dieser Aktion deutlich machen, dass DIE LINKE der Schutzfaktor gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Stress am Arbeitsplatz ist.

3. Aufklären und Widersetzen: Fiskalpakt ist eine Zwangsjacke für die Demokratie und eine Bremse für Investitionen

In den kommenden Monaten werden wir eine weitere Zuspitzung der Situation erleben, wenn der Fiskalpakt in Kraft tritt. Der Fiskalpakt wird mittelfristig dringend notwendige Investitionen in Infrastruktur, ökologische Umgestaltung und Bildung verhindern.

Die Krise ist aber nicht entstanden, weil einige Länder über ihre Kosten gelebt haben. Schuld an der Krise sind vielmehr die drei „U“s: Unterregulierung der Finanzmärkte, Ungleichgewichte in der Außenhandelsbilanz und Ungleichgewichte in der Einkommensverteilung. Eine wirksame Krisenbekämpfung muss genau da ansetzen. Das heißt: Es bedarf Maßnahmen zur Umverteilung

von oben nach unten, höherer Löhne in Deutschland zur Verringerung des Leistungsbilanzüberschusses und eine couragierten Regulierung der Finanzmärkte, z.B. mit einem Verbot der Hedgefonds.

Wir wissen aber auch, dass die Gefahren des Fiskalpaktes in weiten Teilen der Bevölkerung noch nicht bewusst sind. Die Erzählung, dass wir uns in einer Staatschuldenkrise statt in einer Finanzmarktkrise befinden, verfängt. Die Logik, wer Schulden hat, müsse sparen, scheint plausibel. Hieran sind SPD und Grüne mitschuldig.

Wir sind uns daher unserer Verantwortung bewusst, dass wir eine wichtige gesellschaftliche Aufklärungsarbeit zu leisten haben, und werden deshalb u.a. in Form eines Bewegungsratschlages das Gespräch mit den Gewerkschaften, den sozialen Bewegungen und mit unseren Partnerparteien in Europa suchen. Wir werden unsere Beteiligung am Bündnis „Umfairteilen“ verstärken und den Kampf für eine wirksame Vermögensbesteuerung in den Mittelpunkt unseres Politikangebots für die Bewältigung der Folgen der europäischen Banken- und Wirtschaftskrise stellen. Wir werden mit den anderen europäischen Linksparteien über eine entsprechende europaweite Initiative sprechen.

4. Eine Offensive für das Öffentliche

Durch die Veränderungen der Arbeitswelt verändert sich auch der Blick auf die soziale Frage. Zunehmend wird die soziale Frage mit einem individuellen Recht des Menschen auf Teilhabe am politischen, sozialen und kulturellen Leben verbunden. Die Bereitstellung des Lebensnotwendigen entwickelt sich zur neuen sozialen Idee im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts. Die Eliten in Wirtschaft und Politik führen stattdessen einen Feldzug gegen das Öffentliche und für Privatisierungen. Während die Verluste

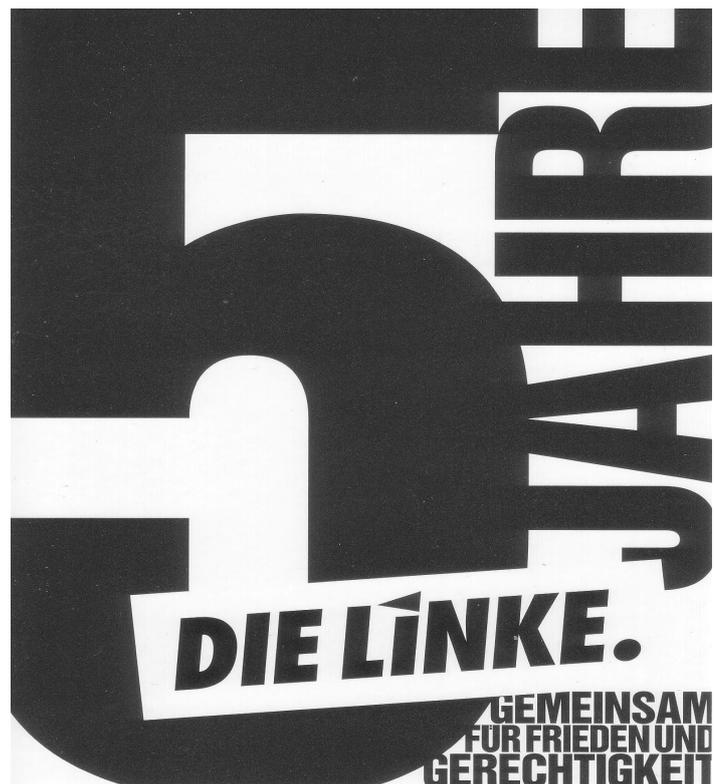
der Banken und der Finanzwirtschaft sozialisiert werden, werden seit Jahrzehnten profitable öffentliche Unternehmen privatisiert.

Diesem Ausverkauf der Gemeingüter setzen unzählige lokale Initiativen erfolgreich die Überzeugung entgegen: Privatisierung ist Diebstahl öffentlichen Eigentums. So manches Bürgerbegehren konnte die Privatisierung der kommunalen Stadtwerke oder Krankenhäuser verhindern. Dies war auch ein Erfolg unserer Partei. Eine Offensive fürs Öffentliche kann daran anknüpfen, sollte aber nicht bei reinen Abwehrkämpfen stehen bleiben. Sozialistische Politik heißt eben auch, Wirtschaftsdemokratie voranzutreiben sowie Formen solidarischer Ökonomie, wie Genossenschaften oder Kooperativen, und Rekommunalisierungen zu befördern. Als Voraussetzung dafür setzen wir uns für eine Steuerpolitik ein, die die Kommunen ausreichend finanziert.

Übersetzt auf Landes- und Kommu-

nalpolitik könnte dies bedeuten, sich für kostenloses WLAN für alle oder die Rückgewinnung der Stromnetze in öffentliche Hand – als Voraussetzung für dezentrale, ökologische Stromproduktion und Sozialtarife – einzusetzen. Mit der Gründung der Genossenschaft „Fair Wohnen“, die von linken Abgeordneten unterstützt wurde, wird zum einen ein ganz konkreter Versuch unternommen, um die TLG-Wohnungen vor dem Ausverkauf zu retten. Zum anderen konnte damit deutlich gemacht werden, dass wir die Eigentumsfrage nicht nur stellen, sondern sie im Jahr der Genossenschaften auch konkret beantworten. Unser Werben in Ost wie West für die Genossenschaft „FairWohnen“ geht definitiv über die nächsten 120 Tage hinaus.“ (Auszug aus dem 120-Tage-Programm)

Wir wollen auch in unserem Kreis nach Kräften die Umsetzung dieses Programms vorantreiben und uns mit weiteren Ideen einbringen. <



„Voneinander lernen – miteinander leben“

Unter diesem Motto lud das ASB-Übergangwohnheim in Luckenwalde am 20. Juni 2012 zu einem bunten Fest der Begegnung ein. Zu den Gästen zählten u.a. Kornelia Wehlan, MdL, die Asylpolitische Sprecherin der linken brandenburgischen Landtagsfraktion, Bettina Fortunato, Landrat Peer Giesecke und die Luckenwalder Bürgermeisterin Elisabeth Herzog-von der Heide. Monika Nestler, Bürgermeisterin in Nuthe-Urstrom-

tal, übergab dem Leiter der Einrichtung, Herrn Höhn, eine Kiste voller Geschenke für die Kleinen.

Die Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte Christiane Witt zeigte sich glücklich über ein so gut organisiertes Fest. Vieles wurde den Gästen, Heimbewohnern und Nachbarn geboten.

Mit der Jugendfeuerwehr wurden vom Dach des Asylbewerberheims

Wasserbälle geworfen, auf denen die Welt gemalt war. Jeder konnte zeigen, aus welchem Land er kommt.

Eine Musikgruppe der DRK-Kita Sunshine gab eine Kostprobe englischer Lieder und die Ringer des 1. LSC zeigten bereits Erlerntes auf der Matte.



Gute Sicht auf das Geschehen - vom Dach des Heims

berührten die Seele. Es war ein Erlebnis der Sonderklasse.

Die Kleinen hatten viel Spaß am Schminken ihrer Gesichter. Überall konnte man Schmetterlinge und Blumen beim Spielen bewundern.

Frau Herzog-von der Heide hatte gegen Frau Christiane Witt gewettet, dass die Organisatoren es nicht schaffen, 35 verschiedene Nationen auf dem Fest zu versammeln.

Ein besonderer Ohrschmaus war für alle der Gesang des Raduga-Chores. Zu bestaunen waren wundervolle Kostüme und klangvolle Stimmen

Als Ergebnis konnte die stattliche Anzahl von 39 Nationen ausgezählt werden. Also, Wette gewonnen!

Nun muss die Bürgermeisterin 390 Euro aus der Stadtkasse an das Heim übergeben.

Das Fest wurde durch den Lokalen



Ein schöner Anblick - Kleiner Mann im Anzug

Aktionsplan Teltow-Fläming sowie durch das Bundesprogramm „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ unterstützt.

Erika Kirschner, Luckenwalde
Fotos: Axel Dolata

Auflösung BilderRätsel



Hier zu sehen ist das Gebäude des ehemaligen Gebrüder-Heinrich-Stiftes in Luckenwalde.

Das 112 Jahre alte denkmalgeschützte Haus gehört zu den bedeutendsten Bauwerken in der Stadt. Einst als Hospital gebaut, wurde es bis zum Jahr 2001 als Seniorenheim

genutzt. Seitdem steht es leer.

Die Gebrüder Heinrich, Luckenwalder Fabrikanten, ermöglichten ihren ehemaligen Fabrikarbeitern in der damals modernst ausgestatteten Einrichtung einen ruhigen Lebensabend - und das kostenlos. <

Die „Sklavenkarawane“

Die DGB-Kreisverbände Brandenburg haben die Aktions-Idee von der „Tour der Tagelöhner“ 2010 von Michael Maurer übernommen. Vom 04.06. – 08.06.2012 wurde eine „Sklavenka-



rawane“ durch verschiedene Städte Brandenburgs vom DGB organisiert. Damit sollte ironisch überhöht auf fortwährendes Lohndumping durch Leiharbeit, Zeitarbeit, Werkverträge, Bezahlung weit unter Tarif und den Zwang für Hartz IV-Empfänger, jede schlecht bezahlte Tätigkeit annehmen zu müssen, hingewiesen werden.

In dem dabei verteilten Flyer wurde besonders auf die Worte von Alt-

Bundeskanzler Gerhard Schröder in Davos eingegangen: „Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt“. Löhne, die nicht zum Leben reichen, nehmen den Menschen ihre Würde.

Am Montagvormittag ging es in Ludwigsfelde mit einer Solidaritäts-Aktion vor einer Leiharbeitsfirma los. Nachmittags ging es in Finsterwalde weiter. Zwölf am Hals zusammengekettete „Sklaven“ in weißen Overalls wurden durch die Berliner Straße zum Markt getrieben. Auf dem Markt fand eine Versteigerung mit Billigst-Angeboten statt. Dabei wurde besonders auf Gewerkschaftsferne der „Sklaven“ und absolut unterwürfige Dienstefrigkeit verwiesen. Nach einigen Einlagen wie ärztlichen Gesundheitspässen und anderem tauchten plötzlich Gewerkschafter auf, zerschritten die Ketten und befreiten die „Sklaven“.

Den Beteiligten hat diese ironische

Aufarbeitung der politisch gewollten Zustände in Deutschland sichtlich Spaß gemacht. Leider war die Zahl der Zuschauer begrenzt.

Dienstag führte die Route nach Cottbus und Eisenhüttenstadt, Mittwoch nach Eberswalde und Prenzlau. Am Donnerstag in Oranienburg wurde die „Sklavenkarawane“ sogar von Diana Golze unterstützt. Nachdem Freitag früh noch in Brandenburg/Havel Station gemacht wurde, fand der Abschluss 11.00 Uhr in Potsdam statt.

Am Luisenplatz, wie immer touristisch stark frequentiert, waren Stände der Einzelgewerkschaften und des DGB zum Empfang der „Sklavenkarawane“ aufgebaut und durch Mitarbeiter gut besetzt. Gespräche mit diesen und mit Touristen sowie Michael Maurers Schlussrede gaben der Tour einen würdigen Abschluss.

*Rainer Weigt
Klein Schulzendorf*

Kitaplätze sind keine Verhandlungssache

Mit ihrem Kompromissangebot, das umstrittene Betreuungsgeld durch mehr Geld für den Kitausbau zu retten, macht Angela Merkel die dringend notwendige Beschleunigung des Kitaausbaus zum Gegenstand eines bildungsfeindlichen Kuhhandels. Kitaplätze dürfen nicht als Verhandlungsmasse missbraucht werden, schon gar nicht, um Rollenbilder aus dem Biedermeier durchzusetzen.

Seit Jahren ist bekannt, dass der Kitausbau viel zu langsam vorankommt. Seit Jahren ist bekannt, dass der Bund zu wenig Geld in die Hand genommen hat, um das selbstgesteckte Ziel eines Rechtsanspruchs auf eine Kindertagesbetreuung ab dem ersten Lebensjahr zu verwirk-

lichen. Und seit Jahren ignoriert die Regierung Experten, Fachverbände und internationale Vergleichsstudien, die der Bundesrepublik bescheinigen, dass sie im Bereich der frühkindlichen Bildung die rote Laterne unter den Industriestaaten trägt.

Nun stellt die Kanzlerin plötzlich genau die zusätzlichen Bundesmittel für den Kitausbau in Aussicht, die sie bisher vehement verweigert hat – ohne Absprache mit dem Finanzminister. Wieder einmal mutiert ein Machtwort Angela Merkels zu einem faulen Kompromissangebot. Offenbar ist die Kanzlerin bereit, das Milliardengrab Betreuungsgeld allen gesellschaftlichen Realitäten zum Trotz durchzusetzen.

DIE LINKE und ich bleiben dabei: Das Betreuungsgeld ist politisch rückwärtsgerichtet. Statt unterschiedliche Lebensmodelle von Familien in gute und schlechte einzuteilen und den Kaufpreis für eine Bildungsbremse wie das Betreuungsgeld immer weiter in die Höhe zu treiben, sollte die Kanzlerin lieber mit fundierten Konzepten in die Öffentlichkeit gehen und endlich ein zeitgemäßes Machtwort für ein qualitativ hochwertiges, flächendeckendes Kinderbetreuungsangebot sprechen.

*Diana Golze
Kinder- und jugendpolitische
Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.
im Deutschen Bundestag*

Moderne Sklaverei

Die „UN-Charta für Menschenrechte“ enthält im Artikel 23 folgenden Satz: „Jeder hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit“. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Recherchen der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) geben einen Einblick in die kapitalistische Praxis, nachdem sie von ca. 400 Betriebsräten in der Nahrungsmittelbranche die Fakten auf dem Tisch hatten. In dieser Branche sind relativ geringe Zahlen an Stammbeslegschaften üblich, sie werden von Jahr zu Jahr durch mehr Leiharbeiter zurückgedrängt, die weit geringere Stundenlöhne als die Stammbeslegschaften erhalten. Nachdem die Bundesregierung die Leiharbeit stärker reguliert hat, bedienen sich die Unternehmer der Werkverträge, die durch alle Gesetzeslücken rutschen. Die Gewerkschaft NGG hat erforscht, dass die Stundenlöhne von Leiharbeitern durchschnittlich sechs

Euro unter denen der Stammarbeiter liegen, aber die der Werkvertragsarbeiter noch einmal 78 Cent darunter. Betriebsräte der NGG sagen: „Das ist moderne Sklaverei!“

Diese Werkverträge sind also an andere Firmen „ausgelagerte Arbeitsplätze“. Arbeiter, denen der Stammarbeitsplatz gekündigt worden ist, werden im selben Betrieb mit Werkvertrag an denselben Arbeitsplatz gestellt – nur für weniger Geld. Das sind keine Einzelfälle, das ist gängige Praxis, besonders in Bäckereien, Molkereien, fleischverarbeitenden Betrieben, Brauereien, aber in Größenordnungen auch in der Automobil-Industrie, wie z. B. im BMW-Werk in Leipzig.

Da im Betriebsverfassungsgesetz jegliche rechtliche Regelungen zu Werkvertragsarbeitern fehlen, können die Gewerkschaften nicht korrigierend eingreifen. Nun hat DIE LINKE als erste Fraktion im Bundes-

tag diese Missstände zum Anlass genommen, ein „Konzept zur Verhinderung des systematischen Missbrauchs von Werkverträgen“ in den Bundestag einzubringen.

Sie fordert: Eindeutige gesetzliche Festschreibungen, in welchen Fällen Missbrauch von Werkverträgen vorliegt, d. h. verdeckte Leiharbeit. Rechtlich einwandfreie Werkverträge müssen reguliert werden. Gleichen Lohn für gleiche Arbeit bei Ausgliederungen von Arbeit!

Leiharbeit und Arbeit mit Werkverträgen sind Menschenrechtsverletzungen. Die „UN-Charta für Menschenrechte“ gilt nicht nur für Osteuropa, sie gilt genauso für Deutschland, das sich international immer als Menschenrechtswächter aufspielt. Die Regierung hat im eigenen Land genug zu tun.

*Ingrid Köbke
Nuthe-Urstromtal*

Kinder-Philosophie

„Warum gibt es alles und nicht nichts?“ – Das fragt Oskar, neun Jahre alt, seinen Philosophen-Papa Richard David Precht. Wer kennt nicht solche oder ähnliche Fragen von Kindern, die noch neugierig auf die Welt sind, alles genau wissen wollen, bei denen sich aus unserer Antwort die nächste Frage zwangsläufig ergibt. Aber wie erklärt man als Erwachsener einem Kind die große Welt?

Precht wählt dazu „Spaziergänge“ in Berlin. So wie Immanuel Kant, den regelmäßige „Spaziergänge“ zu neuen philosophischen Erkenntnissen geführt haben, geht Vater Precht mit Sohn Oskar ins Naturkundemuseum, auf den Fernsehturm, in den Zoo, zur Berliner Mauer; ein Ausflug führt sie auch nach Sanssouci. Und schon steht die Frage im Raum: „Wa-

rum haben Menschen Sorgen?“ – Geschichte bringt der Vater den Sohn zu Gedanken, die dann in einen Dialog münden. Unterschiedliche Schriftar-



ten setzen diesen vom übrigen Text optisch ab; die philosophische Einsicht wird im Fettdruck präsentiert.

Die Besuchsorte werden drei Abschnitten zugeordnet, die aus meh-

reren Erlebnisgeschichten bestehen. So ist das ganze Buch übersichtlich, nie langatmig und hochinteressant. Der Vater versucht mit „Kindersicht“ auf die Dinge zu blicken und schon „philosophiert Oskar mit ihm gemeinsam. Solche Väter, Mütter, Großeltern leben überall. Ob sie sich dessen bewusst sind zu „philosophieren“, das bleibe offen.

Aber Kinderfragen sollten wir nie bloß abtun mit einer abfälligen Bemerkung. Für sie kann es keine unwichtigen Fragen geben. Nehmen wir sie nicht ernst, fragen sie nicht mehr. Das wäre doch schade. – Also: „Warum gibt es alles und nicht nichts?“

*Ingrid Köbke
Nuthe-Urstromtal*

An der Seite des chinesischen Volkes

Der Deutsch-Chinesische Freundschaftsverein e.V. Ludwigsfelde hat am 9. Juni 2012 erfolgreich seine diesjährige Hauptversammlung durchgeführt.

Im Rechenschaftsbericht des Vorstandes konnte durch den Vorsitzenden, Herrn Dr. Gruschka, auf interessante Vorträge, Zusammentreffen mit chinesischen Bürgern und Besuch von Veranstaltungen im Chinesischen Kulturzentrum Berlin verwiesen werden.

Besonders gewürdigt wurde unser Mitglied Siegfried Stark. Er konnte im „Kulturjahr Chinas in Deutschland 2012“ im Kulturzentrum Berlin seine Bilder „Chinesische Motive in Tuschkmalerei“ ausstellen und wurde dafür besonders als deutscher Maler angekündigt.

Der Verein hat im Eigenverlag eine Broschüre herausgebracht mit Berichten über Gründung, besondere Erlebnisse, Reiseberichte und persönliche Erfahrungen unserer Mitglieder. Es ist ein Abbild lebendigen Geschehens zum Gedeihen der Freundschaft zwischen unseren Völkern.

Im gemütlichen Teil des Tages auf der Terrasse der Gaststätte „Petersilie“ im Sonnenschein ergaben sich noch viele individuelle Gespräche. Der Bürgermeister der Stadt Ludwigsfelde konnte nachmittags ebenfalls begrüßt werden und hatte so Gelegenheit, mit Vertretern der Botschaft der Volksrepublik China in der BRD in Kontakt zu kommen. Vielleicht ergeben sich auch daraus weitere freundschaftliche Beziehungen.

Anlässlich des Sommerfestes der Ludwigsfelder Vereine sind wir ebenfalls mit einem Stand vertreten. Es werden u.a. chinesische Seidentücher, Schmuck und original verpackter Grüner Tee angeboten.

*Marlis Nimz
Vorstandsmitglied
Ludwigsfelde*

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern*

Gertrud Popp in Mahlow zum 82. Geburtstag am 14.07.
Friedlinde Langklotz in Blankenfelde zum 74. Geburtstag am 16.07.
Helmut Günther in Ludwigsfelde zum 83. Geburtstag am 17.07.
Willi Siemen in Jüterbog zum 86. Geburtstag am 21.07.
Dr. Margot Raube in Ludwigsfelde zum 83. Geburtstag am 24.07.
Ilse Berno in Dahme/Mark zum 82. Geburtstag am 26.07.
Siegfried Gutjahr in Ludwigsfelde zum 84. Geburtstag am 27.07.
Kurt Mühlsteph in Ludwigsfelde zum 81. Geburtstag am 31.07.
Fritz Heise in Mahlow zum 82. Geburtstag am 01.08.
Kurt Preibisch in Ludwigsfelde zum 88. Geburtstag am 04.08.
Annemarie Kliemank in Ludwigsfelde zum 81. Geburtstag am 07.08.
Herbert Herrmann in Markendorf zum 79. Geburtstag am 07.08.
Harald Luedecke in Jüterbog zum 77. Geburtstag am 07.08.
Gertrud Busse in Rangsdorf zum 99. Geburtstag am 08.08.
Fritz Huschke in Nuthe-Urstromtal zum 91. Geburtstag am 08.08.
Helga Heilbrunn in Ludwigsfelde zum 82. Geburtstag am 10.08.
Inge Scholz in Jüterbog zum 77. Geburtstag am 10.08.

Dr. Irene Pacholik in Großbeeren zum 60. Geburtstag am 23.07.
Günter Zernick in Am Mellensee zum 75. Geburtstag 25.07.
Dr. Rainer Reinicke in Zossen zum 65. Geburtstag am 31.07.
Ingrid Drechsel in Siethen zum 75. Geburtstag am 06.08.
Elfriede Neumann in Luckenwalde zum 85. Geburtstag 07.08.

Fiesta de Solidaridad

Die AG Cuba Sí lädt am 28. Juli 2012 wieder ein zu ihrer traditionellen „Fiesta de Solidaridad“. Wie in jedem Jahr wird dieser Tag ein Treffen der Solidaritätsgruppen und der vielen Freunde Kubas sein und wie in jedem Jahr werden Tausende Besucher erwartet. Das Datum der Fiesta bezieht sich auf den kubanischen Nationalfeiertag am 26. Juli. An diesem Tag im Jahr 1953 stürmten die Revolutionäre um Fidel Castro die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba, er markiert den Beginn der kubanischen Revolution und gab der „Bewegung des 26. Juli“ (M-26-7) ihren Namen.

Die Fiesta steht diesmal ganz im Zeichen der Linksprozesse in Lateinamerika, der ALBA-Staaten und der Wahl in Venezuela am 7. Oktober. Feiern werden die Kuba-Freunde natürlich auch den Geburtstag des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez, der mit der Fiesta zusam-

menfällt. Gäste aus Kuba sowie Vertreter der kubanischen und venezolanischen Botschaft werden erwartet. Außerdem können die Besucher in den Talkrunden viel über die Arbeit der verschiedenen deutschen Solidaritätsgruppen erfahren.

Unbedingt beteiligen sollte sich jeder an der großen Solidaritätstombola, denn der Hauptpreis ist wieder ein Flugticket nach Havanna. Die kleineren Kubafans werden bei einem großen Kinderfest mit Clown Pepino voll auf ihre Kosten kommen.

Aber keine Fiesta ohne Musik: Das „Trio Saoco“, „Sister Fa“ sowie die bekannte venezolanische Band „Dame pa matala“ werden die Gäste begeistern. Ab 20 Uhr wird die Parkaue dann endgültig zu einer riesigen Tanzfläche, wenn „Expresión Latina“ aufspielt. Nos vemos – wir sehen uns.

Jörg Rückmann (AG Cuba Sí)

Termine

18.07.12 14.00 Uhr
Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

23.07.2012 19.00 Uhr
Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

Der Regionalverband DIE LINKE.
Teltow-Fläming Süd lädt ein zum:

Zuckertütenfest

am Sonnabend, dem 28.07.2012
von 14.00 bis 17.00 Uhr
in den Kräutergarten
am Kulturquartier
in Jüterbog

Ein buntes Programm erwartet die
ABC-Schützen und ihre Familien.

*Der Regionalverband
DIE LINKE. Teltow-Fläming Süd
bittet fleißige Kuchenbäcker
um Unterstützung.*

15.08.12 14.00 Uhr
Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

Grillnachmittag der Senioren

Der Stadtverband
DIE LINKE. Luckenwalde
lädt zum
gemütlichen Grillnachmittag
am 16. August 2012
um 15.00 Uhr
auf den Grillplatz
in der Jüterboger Straße
in Luckenwalde ein.

Luckenwalder und Nuthe-Ur-
stromtaler Senioren
sind herzlich willkommen.

Anmeldungen bis 02.08.2012
an die Kreisgeschäftsstelle
unter: 03371-632267
erwünscht.

Luxemburg-Ehrung in Wünsdorf

*Die Basisorganisation DIE LINKE Zossen
hat mit einem ehrenden Gedenken und
einer Kranzniederlegung am 13. Juni, dem
93. Jahrestag der Beisetzung der Sozia-
listin Rosa Luxemburg an der Seite des
ebenfalls im Kapp-Putsch am 15. Januar
1919 ermordeten Sozialisten Karl Lieb-
knecht auf dem Ehrenfriedhof der Sozia-
listen in Berlin-Friedrichsfelde gedacht.*

*Um 12.00 Uhr fandsich eine Mitglieder- und
Sympathisantengruppe vor der letzten Auf-
bahrungsstelle der am 1. Juni 1919 aufge-
fundenen Leiche ein, dem Armeelazarett in
Zossen-WALDSTADT ein, um dieser Vor-
kämpferin für Frauenrechte, Sozialismus
und Demokratie ihre Ehrung wie jedes
Jahr zu überbringen.*

Jürgen Steinert, Nächst Neuendorf

Wir trauern um
Horst Koletzky

Ehre seinem Andenken

Stadtverband DIE LINKE. Ludwigsfelde	Kreisverband DIE LINKE. Teltow-Fläming
--	--

Unsere Genossin

**Margarete
Schwarz**

ist von uns gegangen.

Stadtverband DIE LINKE. Luckenwalde	Kreisverband DIE LINKE. Teltow-Fläming
---	--

Im Gedenken an
unseren Genossen

Edgar Creutzburg

Stadtverband DIE LINKE. Ludwigsfelde	Kreisverband DIE LINKE. Teltow-Fläming
--	--

In tiefer Trauer nehmen wir
Abschied von
unserer Genossin

Irene Schinkel

Regionalverband DIE LINKE. TF Süd	Kreisverband DIE LINKE. Teltow-Fläming
---	--

IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36,
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033,
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653, Fax: 03378/510654
Spendenkonto: 363 302 7415, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam
Redaktionsschluss: 13. Juni 2012, der nächsten Ausgabe: 18. Juli 2012

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers
übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,
V.i.S.d.P.: T. Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de